



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 27.06.2019**

Sitzungsnummer: v.-Ver/056/2019

Anwesend waren:

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Stefan Schneider	
-----------------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe-Bartels	
Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Herr Knut John	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Joachim Lorchheim	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	

Frau Jacqueline Stolle	
Herr Marcus Stolle	
Frau Petra Strauß	

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Siegfried Fiegenbaum	
---------------------------	--

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
------------------------	--

FDP-Fraktion

Frau Jutta Thiele	
Herr Klaus Volkmar	

Mitglieder des Magistrats

Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Stefan Happel	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Frau Heidrun Ott	
Herr Lukas Sennhenn	
Herr Theodor Sternal	

Ortsvorsteher/stellv. Ortsvorsteher

Herr Matthias Herzog	
Herr Walter Hoefel	
Herr Georg Hofmann	
Herr Thomas Rehbein	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Andrea Müller-Brandl	
Herr Nicola-Alexander Ferl	

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Entschuldigt:**Vorsitzender/CDU-Fraktion**

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Vanessa Grauer	
---------------------	--

Fraktion Die Linke

Frau Erika Rebbig-Kosir	
-------------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Berthold Diegel	
Herr Thomas Große	

Ortsvorsteher/stellv. Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Wolfgang Werner (stellv. OV)	

Beginn der Sitzung:**19:00 Uhr****Ende der Sitzung:****22:05 Uhr**

Herr stellv. Stv.-V. Schneider begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 22.06.2019 in der Werra-Rundschau erfolgte. Außerdem stellt er fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Für den ermordeten Regierungspräsidenten Dr. Lübcke und den verstorbenen OV Gonnermann von Niederhone hält Herr stellv. Stv.-V. Schneider stehend vor den ebenfalls aufgestandenen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern eine Trauerrede.

Es folgt eine Schweigeminute.

Anschließend gibt er noch den Hinweis, dass der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Beratung über künftige Projekte der Projektentwicklungsgesellschaft im Ausschuss für Bauen und Umwelt“ nicht der Geschäftsordnung entspricht, da er keine für den Magistrat ausführbare Aufgabe beinhaltet.

Der Tagesordnung wird in der vorliegenden Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 32, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Somit lautet die Tagesordnung wie folgt:

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

TOP	Titel	
1.	Wahl einer/eines neuen stellv. Schriftführerin/Schriftführers der Stadtverordnetenversammlung Vorlage: 2019/0234/SVV	6
2.	Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 hier: Beratung und Beschlussempfehlung Vorlage: 2019/0235/SVV	6
3.	1. Lagebericht 2019 zur Haushaltswirtschaft der Kreisstadt Eschwege Vorlage: 2019/0236/SVV	7
4.	Beteiligungsbericht der Kreisstadt Eschwege Berichtszeitraum: 2017 Vorlage: 2019/0228/SVV	7
5.	Verstetigung des Familienbüros Vorlage: 2019/0237/SVV	8
6.	Bebauungsplan Nr. 152 „Zwischen Langenhainer Weg und Höhenweg“, Gemarkung Eschwege; Beschluss zur Abwägung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss Vorlage: 2019/0231/SVV	8
7.	Bebauungsplan Nr. 158 „Klinikum/Dialysezentrum“, Gemarkung Eschwege; Beschluss zur Abwägung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss Vorlage: 2019/0232/SVV	10
8.	Erlass einer Richtlinie zur Gestaltung von Sondernutzungen in der Eschweger Altstadt Vorlage: 2019/0233/SVV	10
9.	Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Beratung über künftige Projekte der Projektentwicklungsgesellschaft im Ausschuss für Bauen und Umwelt Vorlage: 2019/0229/SVV	11
10.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Bekennen der Stadtverordnetenversammlung zum Ziel der Entwicklung einer nachhaltig wirtschaftenden ÖKO-LANDBAU-REGION im Werratal zwischen Albungen und der hessisch-thüringischen Landesgrenze Vorlage: 2019/0230/SVV	12
11.	Magistratsbericht - der TOP wurde auf die nächste Sitzung vertagt -	
12.	Anregungen - der TOP wurde auf die nächste Sitzung vertagt -	

1. Wahl einer/eines neuen stellv. Schriftführerin/Schriftführers der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 2019/0234/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Herr Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, begründet sie und bittet Herrn stv. Stv.-V. Schneider, die Wahl durchzuführen.

Nachdem keine Bedenken gegen eine Wahl durch Handaufheben vorgetragen werden, ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:

Herr Nicola-Alexander Ferl wird zum stellvertretenden Schriftführer für die Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 32, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Herr Ferl nimmt die Wahl an und stellt sich kurz vor.

2. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 2019/0235/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.2

Herr Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, begründet sie und bittet den Beschluss gemäß Tischvorlage, der eine Änderung beinhaltet, zu fassen.

Herr Stv. Volkmar (Vorsitzender des Finanzausschusses) berichtet aus dem Ausschuss, der den geänderten Beschluss laut Tischvorlage vorschlägt.

Herr Stv. Reyer erläutert, dass die Stadtverordnetenversammlung eine Kontroll- und Überwachungspflicht gegenüber der Verwaltung auszuüben hat und dies nicht wahrgenommen werden kann, wenn der Jahresabschlussbericht 2016 erst im Jahr 2018 dem Gremium vorgelegt wurde. Dies führte zum geänderten Beschlussvorschlag. Die SPD-Fraktion fordere daher eine frühzeitige Vorlage der Entlastung und stimme deshalb zu Punkt 2 dagegen.

Herr Bgm. Heppe erläutert noch einmal das Verfahren. Diesbezüglich werde er ein Optimierungsgespräch mit den Verantwortlichen führen und den Fehler im Prozessablauf beheben.

Herr Stv. Fiegenbaum fragt nach der Höhe der Energiekosten, über die im Ausschuss berichtet werden soll.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2016 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 33, Nein: ---, Enthaltungen: ---

2. Dem Magistrat wird im Rahmen des geprüften Jahresabschlusses 2016 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 20, Nein: 12, Enthaltungen: 1

**3. 1. Lagebericht 2019 zur Haushaltswirtschaft der Kreisstadt Eschwege
Vorlage: 2019/0236/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.2

Herr Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, begründet sie und bittet um Kenntnisnahme.

Herr Stv. Volkmar (Vorsitzender des Finanzausschusses) berichtet aus dem Ausschuss.

Beschluss:

Kenntnisnahme.

**4. Beteiligungsbericht der Kreisstadt Eschwege
Berichtszeitraum: 2017
Vorlage: 2019/0228/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.2

Herr Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, begründet sie und bittet um Kenntnisnahme.

Herr Stv. Gassmann bemängelt, dass der Beteiligungsbericht 2017 so spät vorgelegt wird. Weiterhin möchte er, dass die Geschäftsführer ihre Gehälter offenlegen dürfen.

Herr Stv. Reyer fragt nach der „erneuerbare energien | ESCHWEGE GmbH & Co. KG“ und möchte wissen, wie die Stadt Eschwege an der KG beteiligt ist.

Herr Bgm. Heppe gibt zu der Auskunftspflicht der Gehälter von Geschäftsführern Auskunft und wird im Magistratsbericht eine umfassende Antwort hierzu dem Gremium übermitteln.

Beschluss:

Kenntnisnahme.

5. Verstetigung des Familienbüros
Vorlage: 2019/0237/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.2, Fachbereich 1.12

Herr Bgm. Heppel trägt die Vorlage vor, begründet sie und bittet vorlagegemäß zu beschließen.

Frau Stv. Knapp-Lohkemper (Vorsitzende des Ausschusses für Familie und Soziales) berichtet von den Ausschussberatungen, der der Vorlage zustimmt.

Anschließend spricht sie für die Koalition, die die Vorlage ebenfalls begrüßt.

Herr Stv. Claus will zustimmen und begrüßt die Einrichtung eines Familienbüros, das ursprünglich einmal eine Idee der SPD war.

Herr Stv. Fiegenbaum will ebenfalls zustimmen, denn es ist ein gelungenes Projekt geworden.

Beschluss:

Zustimmung zur Verstetigung des Familienbüros und dauerhafte Ausweisung einer ½-Planstelle im Stellenplan ab dem Haushaltsjahr 2020.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 34, Nein: ---, Enthaltungen: ---

**6. Bebauungsplan Nr. 152 „Zwischen Langenhainer Weg und Höhenweg“, Gemarkung Eschwege;
Beschluss zur Abwägung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss**
Vorlage: 2019/0231/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1

Herr Stv. Dr. Bödicker (Vorsitzender des Ausschusses für Bauen und Umwelt) berichtet aus dem Ausschuss, der mehrheitlich empfiehlt, der Vorlage zuzustimmen.

Anschließend spricht er für die Koalition, die das Vorhaben ebenfalls begrüßt.

Herr Stv. Feiertag begründet, warum er dagegen sei:

- *er will Innenstadtförderung*
- *das vorgesehene Wärmenetz ist nicht zu realisieren*
- *Altlastenproblematik*
- *Kosten des Projektes*

und erläutert diese Punkte.

Herr Stv. Fiegenbaum will ebenfalls ablehnen.

Auch Herr Stv. Gassmann will ablehnen.

Herr Stv. John bezieht sich auf einen Brief an Herrn Bgm. Heppe sowie die Stadtverordneten und gibt den Inhalt wieder. Danach hat der Briefeschreiber als Kind beobachtet, dass die ehemalige Firma Woelm in 1946/1947 in Teilen des heutigen Baugebietes Industrieabfälle entsorgt hätte.

Laut Herrn Stv. Schmidt wohnt der Briefeschreiber immer noch im Höhenweg, trotz der angeblichen Ablagerungen.

Herr Stv. Gassmann will Schäden von der Bevölkerung abwenden und will daher das Ganze noch einmal überprüft haben.

Laut Herrn Bgm. Heppe waren die Anlieger auch zu der entsprechenden Ausschusssitzung eingeladen und auch teilweise anwesend. Ein Fachbüro hat das Gelände untersucht und keine schädlichen Altlasten gefunden.

Dem schließt sich Herr Stv. Grüning an.

Frau Stv. Strauß hat folgende zwei Fragen:

- *wieviel Anfragen nach Bauplätzen gibt es und*
- *wenn sich der Magistrat so sicher ist, dass keine Ablagerungen vorhanden sind, kann er in die Verträge aufnehmen lassen, dass die Stadt für eventuelle Schadstoffbeseitigungen aufkommt.*

Herr Bgm. Heppe antwortet:

- *Nachfrage ist vorhanden*
- *Vertragsinhalte sind Sache der Vertragspartner, als Anregung ist es aber aufgenommen*

Beschluss:

- a. Die im Rahmen der Öffentlichkeits- und Träger-/Behördenbeteiligung gemäß § 4a (3) BauGB zum Bebauungsplan Nr. 152 „Zwischen Langenhainer Weg und Höhenweg“ vorgebrachten Anregungen werden - wie in der Vorlage im Einzelnen begründet - eingearbeitet bzw. werden zurückgewiesen
- b. Der Bebauungsplan Nr. 152 „Zwischen Langenhainer Weg und Höhenweg“ wird als Satzung beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 19, Nein: 15, Enthaltungen: ---

**7. Bebauungsplan Nr. 158 „Klinikum/Dialysezentrum“, Gemarkung Eschwege;
Beschluss zur Abwägung der Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und
sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss
Vorlage: 2019/0232/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1

Herr Stv. Dr. Bödicker (Vorsitzender des Ausschusses für Bauen und Umwelt) berichtet aus dem Ausschuss, der die einstimmige Annahme empfiehlt.

Auch seine Koalition begrüße das Vorhaben.

Herr Bgm. Hepe gibt noch Erläuterungen ab.

Beschluss:

- a. Die im Rahmen der Öffentlichkeits- und Träger-/Behördenbeteiligung gemäß gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB zum Bebauungsplan Nr. 158 „Klinikum/Dialysezentrum“ vorgebrachten Anregungen werden - wie in der Vorlage im Einzelnen begründet - eingearbeitet bzw. werden zurückgewiesen.
- b. Der Bebauungsplan Nr. 158 „Klinikum/Dialysezentrum“ wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 33, Nein: ---, Enthaltungen: ---

**8. Erlass einer Richtlinie zur Gestaltung von Sondernutzungen in der Eschweger Altstadt
Vorlage: 2019/0233/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1

Herr Bgm. Hepe trägt die Vorlage vor, begründet sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.

Herr Stv. Dr. Bödicker (Vorsitzender des Ausschusses für Bauen und Umwelt) berichtet aus dem Ausschuss, der bei zwei Enthaltungen beschlossen hatte, vorlagegemäß zu beschließen.

Nach einer Anregung von Herrn Stv. Gassmann, in den Richtlinien die Fachbereichsbezeichnung zu ändern, wird sich darauf geeinigt, diese durch die Wörter „beim Magistrat“ zu ersetzen.

Nach Herrn Stv. Feiertag wird zu viel vorgeschrieben und er wolle deshalb nicht zustimmen.

Beschluss:

Die beigefügte Richtlinie zur Gestaltung von Sondernutzungen in der Eschweger Altstadt *mit der Änderung bei „Antragstellung – 1. Satz in:*

*Der Antrag ist beim **Magistrat der** Kreisstadt Eschwege zu stellen.*

wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 19, Nein: 13, Enthaltungen: 2

<p>9. Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Beratung über künftige Projekte der Projektentwicklungsgesellschaft im Ausschuss für Bauen und Umwelt Vorlage: 2019/0229/SVV</p>
--

<p>Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1, Fachbereich 1.1</p>

Herr Stv. Fiegenbaum trägt den Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion vor, der folgenden neuen Beschlussvorschlag hat:

Antragstext:

Die Stadtverordneten befürworten die Anregung und beauftragen den Magistrat, im Ausschuss für Bauen und Umwelt direkt nach der Sommerpause 2019 lfd. Projekte der Stadtentwicklung vorzustellen und gemeinsam mit dem Ausschuss weitere konkrete Vorhaben zur Stadtentwicklung unter einer möglichen Projektträgerschaft der PEG zu beraten und ggf. zu beschließen.

Begründung:

Die PEG ist zur Zeit ein eher verwaistes Instrument unserer Kommune, das zur weiteren Stadtentwicklung gute Dienste leisten sollte. So hat es in der Vergangenheit bereits funktioniert. Um nunmehr gemeinsam auszuloten, zu welchen konkreten Vorhaben das Instrument – vorausgesetzt es wird mit den dazu nötigen Mitteln ausgestattet – taugen könnte, möchte unsere Fraktion hierzu eine Diskussion mit allen Beteiligten (Fraktionen, Magistrat, PEG-Geschäftsführung) anregen, die im Rahmen eines Tagesordnungspunktes im Ausschuss für BAUEN UND UMWELT möglichst in einer Sitzung direkt nach der Sommerpause stattfinden sollte.

Herr Stv. Hölzel berichtet über die Aktivitäten der PEG, die schon mehrmals tätig war.

Herr Bgm. Heppe erläutert das bisherige Verfahren und merkt ebenfalls an, dass die PEG schon mehrmals tätig war. Der Geschäftsführer wird in der entsprechenden Ausschusssitzung nach der Sommerpause einen Bericht über die Maßnahmen abgeben.

Laut Herrn Stv. Fiegenbaum haben die Wenigsten von den Aktivitäten gewusst und er wünscht sich einen besseren Informationsfluss.

Herr Stv. Montag will die Diskussion fortführen, denn nur die Koalition weiß anscheinend über die PEG-Maßnahmen Bescheid.

Herr Stv. Dr. Bödicker befürwortet einen Bericht der PEG in einer Ausschusssitzung.

Herr Stv. Gassmann bestätigt, dass Informationen spärlich fließen und er wolle auch Ideen einbringen.

Laut Herrn stv. Stv.-V. Schneider gibt es nach der Sommerpause eine Vorstellung der Vorhaben von der PEG im Ausschuss.

Zur Klärung der weiteren Verfahrensweise wird die Sitzung von 21:10 bis 21:15 Uhr unterbrochen.

Herr Stv. Fiegenbaum will den Bericht der PEG im Ausschuss abwarten und zieht den Antrag daher zurück.

Herr stv. Stv.-V. Schneider regt an, bei den kommunalen Spitzenverbänden einmal nachzufragen, welche Pflichten und Möglichkeiten Aufsichtsratsmitglieder haben.

10. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Bekennen der Stadtverordnetenversammlung zum Ziel der Entwicklung einer nachhaltig wirtschaftenden ÖKO-LANDBAU-REGION im Werratal zwischen Albugen und der hessisch-thüringischen Landesgrenze
Vorlage: 2019/0230/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3, Fachbereich 1.1

Herr Stv. Fiege trägt den Antrag der SPD-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet entsprechend zu beschließen.

Antragstext:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem Ziel der Entwicklung einer nachhaltig wirtschaftenden ÖKO-LANDBAU-REGION im Werratal zwischen Albugen und der hessisch-thüringischen Landesgrenze.
2. Hierzu wird der Magistrat beauftragt, mit den Nachbarkommunen Meinhard und Wanfried Gespräche und Abstimmungen über eine „Roadmap“ zur Entwicklung dieser ÖKO-LANDBAU-REGION WERRATAL zu führen. Die Gründung eines Zweckverbandes ist zu erwägen.
3. Insbesondere die landwirtschaftliche Berufsvertretung, betroffene Landnutzer und die zuständigen Behörden sind frühzeitig einzubinden.
4. Mit der zuständigen Behörde und mit dem zuständigen Ministerium sind Förderungsmöglichkeiten für Planungsleistungen und Projektumsetzungen zu ermitteln und abzustimmen; gegebenenfalls kann an bestehende Programme angeknüpft werden.
5. Um ein erstes und deutliches Signal zu setzen, ist nicht zuletzt auch aus Gründen einer direkten Gefahr für die menschliche Gesundheit ein flächendeckendes Glyphosatverbot in den drei Kommunen anzustrengen.

Begründung:

Wir können nicht mehr allein auf die notwendigen Regelungen der EU warten. Der Handlungsdruck ist klima- und ressourcenpolitisch rasant gestiegen. Lokale und regionale Initiativen können aber in ihrer Summe Ausstrahlungseffekte auf europäisch notwendige Regelungen entscheidend verstärken.

Die ökologischen und wirtschaftlichen Chancen eines ökologischen „Turningpoints“ einer nachhaltigen Landnutzung sind überaus deutlich und erfordern konkretes Handeln:

Die positiven Effekte auf unsere Lebensmittelqualität, das Grundwasser, unsere Kulturlandschaft, auf die regionale Wertschöpfung, auf den Tourismus, die Naherholung und vor allem auf die Biodiversität, den Klimaschutz und den Stoffhaushalt sind in den Mittelpunkt zu stellen.

Ein Schwerpunkt dieser Anstrengungen soll die weitgehende Ökologisierung durch umweltverträgliche, den natürlichen Ressourcen angepasste, möglichst kurzgeschlossene Stoffkreisläufe der landwirtschaftlichen Nutzung insbesondere im Raum zwischen dem Werratalsee und der flussaufwärts gelegenen Landesgrenze sein.

Die Kompensation etwaiger kurzfristiger Ertragseinbußen erfolgt durch die Bereitstellung von Fördermitteln und ist mit den Betroffenen abzustimmen. Letztlich sind aber die zu erwartenden mittel- bis langfristigen positiven Einkommenseffekte der Landwirtschaft herauszustellen.

Dieser Antrag rückt die Landwirtschaft allgemein und von vornherein eben nicht in ein negatives Licht, sondern ist vielmehr als eine Initiative zu sehen, gemeinsam mit Partnern lokale Anknüpfungspunkte und Vorteile einer mehr und mehr ökologisch und nachhaltig wirtschaftenden Landnutzung vermehrt und zeitnah zu identifizieren. Die Chancen liegen auf der Hand, z.B.: Ökologisch erzeugte Lebensmittel für Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten und nicht zuletzt für den lokalen und regionalen Einzelhandel wie auch für unseren traditionsreichen Wochenmarkt. Wenn hier Nachfrage formuliert wird, dann bedeutet dies eben auch Einkommenssicherheit für den Landnutzer und Produzenten.

Die Gründung eines Zweckverbandes wäre u.a. nur eine Möglichkeit, diesen Prozess auf lokaler Ebene institutionell fest zu verankern. Um die Umsetzung dieser Ziele auf Basis eines möglichst hohen professionellen Standards zu gewährleisten, ist eine Einbindung externer Planungsbüros bzw. Moderatoren in Betracht zu ziehen.

Insbesondere ein schnelles und Zeichen setzendes Glyphosatverbot stellt den vorsorgenden Schutz der menschlichen Gesundheit auf eine höhere Stufe als hiermit verbundene mögliche Rechtsrisiken und generiert vor allem die notwendige Aufmerksamkeit und Diskursbereitschaft für diese so notwendigen Verhaltensänderungen.

Lassen Sie uns also gemeinsam aufbrechen!

Frau Stv. Thiele erläutert die Gründe, warum die Koalition nicht zustimmen wolle.

Herr Stv. Gassmann stimmt dem Antrag zu und führt an, dass das Artensterben sehr real sei und große Ausmaße annehmen würde. In der Landwirtschaft wird mehr Fleisch produziert als bei uns verwendet wird. Er erachtet die ökologische Landwirtschaft als sehr wichtig und will, dass der Antrag im Ausschuss für Bauen und Umwelt besprochen wird.

Herr Stv. John verteidigt ebenfalls den Antrag und fordert den Einfluss auf Ernährung. Es gebe einen Absatzmarkt für ökologische Landwirtschaft in den Krankenhäusern, Altenheimen und Kindertagesstätten, wo der öffentliche Träger Einfluss nehmen kann.

Herr Stv. Fiege bekräftigt nochmals den Inhalt des Antrages und will ihn auch im Ausschuss besprechen.

Herr Stv. Grüning stimmt Frau Stv. Thiele zu, würde aber befürworten, dass einzelne Punkte im Ausschuss für Bauen und Umwelt besprochen werden.

Herr Stv. Volkmar würde den Antrag unterstützen, hat aber Probleme mit dem Beschluss, da dieser keinen Handlungsauftrag enthält.

Herr Stv. Fiegenbaum sieht für die Grünen-Stv.-Fraktion gute Chancen, in die Prozesse einzugreifen und will den Antrag auch in den Ausschuss überweisen.

Herr Stv. Gassmann beantragt, den Antrag in den Ausschuss für Bauen und Umwelt zu überweisen.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem Ziel der Entwicklung einer nachhaltig wirtschaftenden ÖKO-LANDBAU-REGION im Werratal zwischen Albungen und der hessisch-thüringischen Landesgrenze.
2. Hierzu wird der Magistrat beauftragt, mit den Nachbarkommunen Meinhard und Wanfried Gespräche und Abstimmungen über eine „Roadmap“ zur Entwicklung dieser ÖKO-LANDBAU-REGION WERRATAL zu führen. Die Gründung eines Zweckverbandes ist zu erwägen.
3. Insbesondere die landwirtschaftliche Berufsvertretung, betroffene Landnutzer und die zuständigen Behörden sind frühzeitig einzubinden.
4. Mit der zuständigen Behörde und mit dem zuständigen Ministerium sind Förderungsmöglichkeiten für Planungsleistungen und Projektumsetzungen zu ermitteln und abzustimmen; gegebenenfalls kann an bestehende Programme angeknüpft werden.
5. Um ein erstes und deutliches Signal zu setzen, ist nicht zuletzt auch aus Gründen einer direkten Gefahr für die menschliche Gesundheit ein flächendeckendes Glyphosatverbot in den drei Kommunen anzustrengen.
6. *Die Punkte 1 – 5 werden zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Bauen und Umwelt überwiesen.*

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 28, Nein: 4, Enthaltungen: 2

Da es bereits nach 22:00 Uhr ist, wird von Herrn stv. Stv.-V. Schneider folgender Beschluss zur Abstimmung gestellt:

Beschluss:

Die Sitzung wird fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Die Sitzung endet somit um 22:05 Uhr. Die verbleibenden TOP werden auf die TO der nächsten Sitzung genommen.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 27.06.2019**

gez. Stefan Schneider

Stefan Schneider
(stellv. Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)